

II- 42 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates
XIV. Gesetzgebungsperiode

Nr. 3311

1975 -12- 11

A n f r a g e

der Abgeordneten Zeillinger, Dr. Schmidt
an den Herrn Bundesminister für Inneres
betreffend Maßnahmen im Zusammenhang mit nicht haftpflicht-
versicherten Kraftfahrzeugen.

Unter Bezugnahme auf eine Sendung des ORF-Verkehrsmagazines
"STOP" brachte der Erstunterzeichnete in der Budgetdebatte des
Vorjahres am 4.12.1974 beim Kapitel Inneres das Problem zur
Sprache, daß auf Österreichs Straßen hunderte Kraftfahrzeuge
fahren, die entgegen den gesetzlichen Vorschriften nicht haft-
pflichtversichert sind und denen dessen ungeachtet das polizei-
liche Kennzeichen nicht entzogen wurde.

Wie groß das Sicherheitsrisiko ist, das sich hiebei für die Ver-
kehrsteilnehmer ergibt, erläuterte der Abgeordnete Zeillinger
anhand von Beispielsfällen, die vom Verkehrsmagazin "STOP" sehr
sorgfältig recherchiert worden waren.

Daran anknüpfend stellte der freiheitliche Abgeordnete unter
anderem den Vorschlag zur Diskussion, eine farbige Versicherungs-
plakette einzuführen, dies mit dem Ziel, der Exekutive eine wir-
kungsvolle Kontrolle zu erleichtern.

In seiner Stellungnahme zu dieser Wortmeldung brachte der Herr
Bundesminister für Inneres sein Bedauern über den geschilderten
Sachverhalt zum Ausdruck, wobei er jedoch unter anderem darauf
hinwies, daß er Aufträge in Richtung einer intensiveren Fahr-
zeugfahndung nur an die Bundespolizei, nicht aber an die Bundes-
gendarmerie erteilen könne, da für letztere die Landes- bzw.
Bezirkshauptleute zuständig seien.

Im Hinblick darauf, daß das Problem der unversicherten Kraft-
fahrzeuge, durch das schon viele unschuldig in einen Verkehrs-
unfall verwickelte Personen schwer zu Schaden gekommen sind,
nach wie vor höchst akut ist und in der Zwischenzeit keine ent-
sprechenden Maßnahmen des Bundesministeriums für Inneres bekannt-

wurden, richten die unterzeichneten Abgeordneten an den Herrn Bundesminister für Inneres die

A n f r a g e :

1. Welche zielführenden Aufträge haben Sie im Sinne Ihrer Ausführungen vom 4.12.1974 seither an die Bundespolizeibehörden erteilt?
2. Haben Sie die Landeshauptleute auf die Notwendigkeit einer verschärften Fahndung nach unversicherten Kraftfahrzeugen durch die Bundesgendarmerie hingewiesen?
3. Haben Sie die in der Budgetdebatte am 4.12.1974 von freiheitlicher Seite zur Diskussion gestellten Vorschläge prüfen lassen - und, wenn ja, mit welchem Ergebnis?
4. Haben Sie, da es sich in diesem Zusammenhang um Fragen handelt, von denen zum Teil mehrere Ressorts berührt werden, mit den anderen zuständigen Ministern Verbindung aufgenommen, um gemeinsam ein koordiniertes Konzept auszuarbeiten?
5. Was wird vom Bundesministerium für Inneres in nächster Zeit konkret unternommen werden, um das gegenständliche Problem im Interesse der Verkehrsteilnehmer endlich einer befriedigenden Regelung zuzuführen?